

Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor

EU-Osterweiterung	Dentallabore im Internet (2)	Nürnberger Berufsschule	Pfeilervermehrung
ZT sprach mit Dr. Manfred Beck, Geschäftsführer der ZTI Berlin-Brandenburg über Chancen und Risiken für grenznahe Labore.	Worauf man bei der Gestaltung eines Labor-Internetauftritts achten sollte, zeigt die Fortsetzung unseres Zweiteilers.	Hier verstehen es die Lehrer, bei den Azubis Begeisterung zu wecken. Die Industrie unterstützt sie dabei.	Konusprothesen mit intraoral gefügten Galvanomatrizen – eine effiziente Lösung für Restbezaehlung und Pfeilervermehrung.
ZT Politik_4	ZT Wirtschaft_11	ZT Ausbildung_13	ZT Technik_15

Starke Berufsvertretung für die Zahntechnik in komplizierten Zeiten

Offensive Medienpolitik

VDZI-Generalsekretär Winkler wirft auf VII. VUZ-Unternehmertag einen Blick aufs Jahr 2005

(bo) – Aufgeklärte Unternehmer müssen in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs erkennen, wie rational es für den wirtschaftlichen Erfolg ist, die Berufspolitik des Verbandes zu unterstützen. Das war die zentrale Botschaft des Generalsekretärs des VDZI, Walter Winkler, auf dem VII. Unternehmertag der Vereinigung Umfassende Zahntechnik (VUZ) in Berlin. Winkler warb auf dem Unternehmertag, der in diesem Jahr erstmalig Veranstaltungen des neuen VUZ-Kooperationspartners ProLab integriert hatte, für eine realistische Sichtweise berufsständischer Politik. An drei konkreten Beispielen (geplante Ausgrenzung der Kera-

mikverblendung, geplante MwSt.-Erhöhung, BEL II – 2004) machte er deutlich, wie sehr Politik die unternehmerischen Bemühungen um den wirtschaftlichen Erfolg beeinflussen kann, und wie entscheidend aktive Berufspolitik des Verbandes Negativentwicklungen vermeiden oder Positives befördern konnte. Des Weiteren analysierte der VDZI-Generalsekretär das ab 2005 geltende Gesetz zur Zahnersatzversicherung und machte dabei deutlich, dass bei einer ordnungsgemäßen Umsetzung in ein Festzuschuss-Konzept keine unbeherrschbaren Gefahren für Nachfrage ausgehen müssen. Dabei werde der VDZI auf der Ebene

der politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten aber auch in seiner Medienpolitik alles tun, um die drohenden Preis-anpassungen in einigen Ländern im Vertragsgeschäft weiter zu minimieren.

Auf was muss sich die Zahntechnik 2005 einstellen?

Walter Winkler: „Die Zahntechniker in Deutschland werden sich darauf einstellen müssen, dass insbesondere die Medien sich den Auftrag zu eigen machen werden, über Zahnersatzversicherungen und Versorgungsleistungen umfassend und möglicherweise auch überaus kritisch die Öffentlichkeit zu informieren. Hier haben wir ja Erfahrungen aus 1998. Die Branche muss daher Information und Aufklärung als Gegengewicht aus eigener Kraft sicherstellen. Zudem muss die Chance dabei genutzt werden, die herausragenden Leistungen und Möglichkeiten moderner Zahntechnik in Wert und Nutzen für den Patienten angemessen zu vermitteln.“ Letztlich entscheide die Zufriedenheit des Patienten über die Zahlungsbereitschaft und nicht dauerhaft die Medien. Winkler weiter: „Diesen langen Atem müssen Zahnarzt und Zahntechniker im nächsten Jahr haben.“



Auf Einladung von VUZ-Präsident Heiko Bischoff (re.) war VDZI-Generalsekretär Walter Winkler Gastredner des VII. Unternehmertages. Links im Bild: Heiner Kruse, Vorstand der ProLab, deren Mitglieder an der berufspolitischen Info-Veranstaltung teilnahmen.

ZT Politik_6

Bis 30.9.2004 soll Vereinbarung über bundeseinheitliche Vergütung stehen

Verhandlungen um ZE-Festzuschüsse

Krankenkassen-Spitzenverbände sowie KZBV feilschen um Katalog der Regelversorgung

(dh) – Statt wie bisher prozentual die Kosten für den Zahnersatz der Patienten zu erstatten, wird ab Januar 2005 eine anteilige Behandlungskostenpauschale bezahlt. Diese richtet sich also nicht mehr nach den individuellen Wünschen des Patienten, sondern nach den Kosten für eine „ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche“ Regelversorgung [Auszug aus dem Bundesgesetzblatt]. Welche Behandlung künftig als medizinisch notwendig gilt und damit bezahlt wird, wird momentan zwischen den Spitzenverbänden der Krankenkassen und der KZBV ausgehandelt. Fest steht bereits, dass die Kassen weiterhin mindestens 50, maximal jedoch 65 % der anfallenden Kosten übernehmen. Die Kon-

troversen spiegeln sich momentan eher in der Frage wider, welche Leistungen in den Katalog der Regelversorgung aufgenommen werden sollen. So wäre es für die an der Verhandlung beteiligten Kassen von Vorteil, künftig möglichst viele Positionen über die Regelversorgung abzurechnen. Insgesamt 53 Positionen sollen nach dem Wunsch der Kassenvertreter über die neue Festzuschuss-Regelversorgung abgerechnet werden. Darunter auch höherwertige Versorgungsleistungen bis hin zum Dreier- oder Vierer-Lückenschluss sowie adhäsiven Brücken im Frontzahnbereich. Dem entgegen versuchen die KZBV-Vertreter, die Leistungen der Regelversorgung an einer möglichen Untergrenze zu halten. So soll

z. B. nur bis zu einem Lückenschluss von zwei Zähnen die unverblendete Brücke als Regelversorgung vorgeschrieben werden. Zudem versucht die KZBV Implantate aus den Festzuschüssen herauszuhalten. Somit könnten mehr Leistungen nach der für Zahnärzte attraktiveren GOZ abgerechnet werden. Der VDZI hat bezüglich der Festzuschüsse hierbei das Recht einer Stellungnahme, die laut Gesetzgeber vom Bundesausschuss in dessen Entscheidungen mit einzubeziehen ist. Zudem legt der VDZI in Zusammenarbeit mit den Kassen die Vereinbarungen für Höchstpreise für zahntechnische Leistungen vor.

ZT Politik_6

Vortrag von Jürgen Schwichtenberg über das zusammenwachsende Europa

Wettbewerbsfähig bleiben

Deutsche Handwerksbetriebe müssen Schritt als Anbieter nach Osten wagen

(kh) – „Europa wächst zusammen – Chancen und Risiken für das deutsche Zahntechniker-Handwerk“ – unter diesem Titel hatte die Innung Berlin-Brandenburg Mitte Mai zu einem Vortrag Jürgen Schwichtenbergs nach Berlin geladen. Als dieser dann seine Begrüßung sogleich in Englisch formulierte, staunten die Anwesenden nicht schlecht. Doch damit verdeutlichte der Vizepräsident des Europäischen Verbandes Selbstständiger Zahntechniker (FEPPD) eines ganz deutlich: Europa ist da und das deutsche Zahntechniker-Handwerk muss endlich aufwachen. Denn längst wird es von Europas gesetzgebenden Organen beeinflusst, ob es nun will oder nicht. So wurden 68 % aller Richtlinien, die ein deutscher Zahntechniker zu befolgen hat, bereits in Brüssel gefällt. Eine überraschende Statistik, die eine Frage aufwirft: Werden die Interessen der deutschen

Zahntechniker bei der europäischen Gesetzgebung überhaupt berücksichtigt? Eine Frage, die Schwichtenberg mit einer klaren Botschaft be-



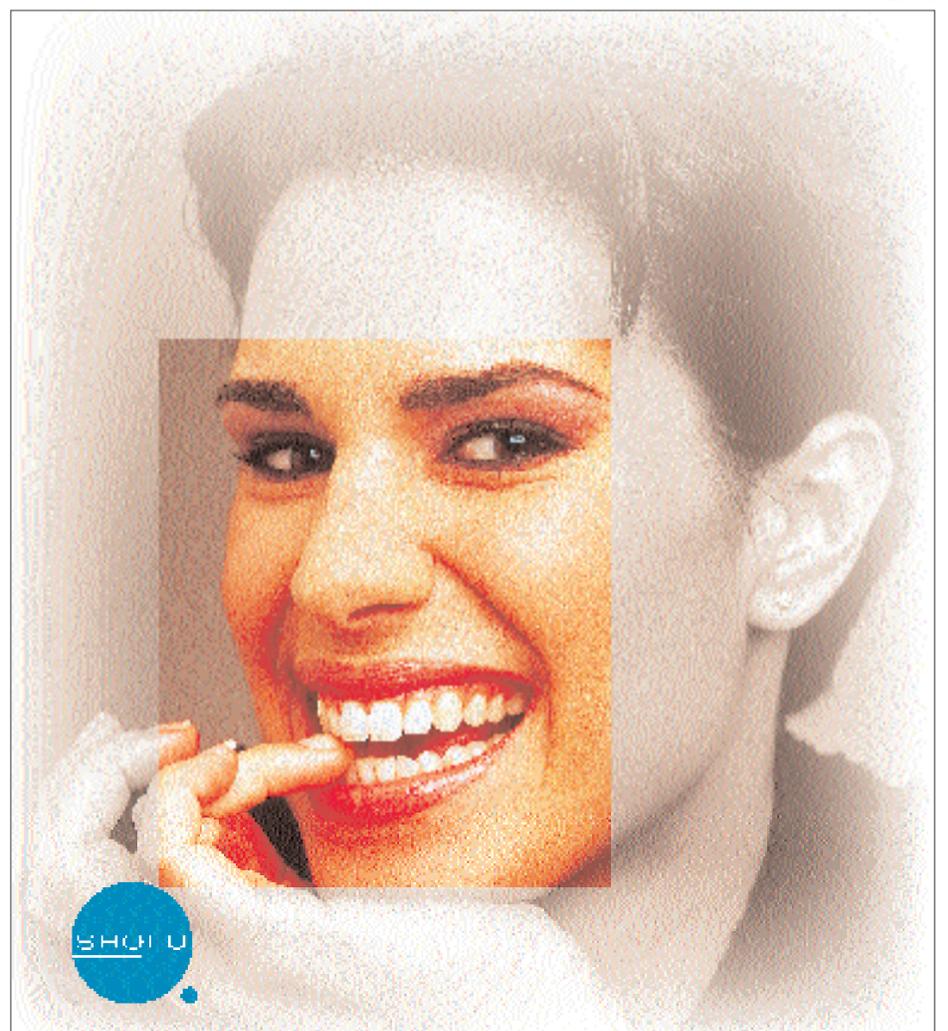
Jürgen Schwichtenberg gab seinen Zuhörern Einblicke in die Arbeit des europäischen Dachverbandes.

jahren kann: Die Innungen sind Mitglied im Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI). Der VDZI wiederum ist Mitglied in der FEPPD. „Damit“, so Schwichtenberg zu seinen Zuhörern, „ist die FEPPD Ihre Vertretung

in Brüssel.“ Doch auch für einen so großen Verband wie die FEPPD ist es nicht immer einfach, bei der Europäischen Kommission vorzusprechen. Denn nahezu jeden Tag stürmten tausende Interessenvertreter die EU-Gebäude. Umso wichtiger sei es, gewisse „Türöffner“ zu haben. „In Brüssel brauchen sie diese“, fügt Schwichtenberg hinzu und meint damit z.B. die Europäische Union des Handwerks und der Klein- und Mittelbetriebe (UEAPME). Denn um genau einen solchen Türöffner zu bekommen bzw. eine gewichtigere Stimme in Brüssel zu erhalten, habe die FEPPD ihre Mitgliedschaft in diesem Verband als Vertretung aller Gesundheitswerker angetreten. So wird u.a. im Moment versucht, über die UEAPME die Registrierung von Herstellern im Zahntechnik-Bereich für den EU-Markt voranzutreiben.

ZT Politik_4

ANZEIGE



SHOU